

Luis Hernández Navarro

# **Kommunale Selbstverteidigung**

**Formen des bewaffneten Widerstandes  
gegen Mafia und Staat in Mexiko**

Aus dem Spanischen von  
Britt Weyde und Katja Rameil

U N R A S T

## Gegen die Drogenmafia

Im ersten Regierungsjahr von Vicente Fox übernahm *La Familia Michoacana*, die Michoacán-Familie, die Kontrolle über die Küste von Michoacán. Doch Arturo Cano zufolge richtete die mexikanische Kriegsmarine erst neun Jahre später, also 2009, einen Posten an der unsichtbaren Grenze ein, welche die Ländereien der indigenen Gemeinde Ostula und die der mestizischen Gemeinde La Placita voneinander trennt. Kurioserweise kam die Marine erst, nachdem die *Comuner@s* ihre Gemeinschaftspolizei aufgestellt hatten. Im Kampf gegen den Drogenhandel zeigte der Marineposten keinen großen Nutzen. Canos Berichten zufolge war er vier Jahre lang in Betrieb, aber der Regionalchef der Tempelritter zog sich erst kürzlich zurück »und das nur aufgrund des Vorrückens der *Autodefensas*, die, nebenbei bemerkt, die michoacanische Küste am 13. Januar erreichten, als sie den Verwaltungssitz des Landkreises Coahuayana besetzten.« Zudem gelang es dem Marinestützpunkt nicht, das Leben der *Comuner@s* zu schützen. Die Drogenmafia beging derart viele Verbrechen, dass es schwer ist, sie alle zu erfassen. Einer nach dem anderen wurde exekutiert, ohne dass die Marine etwas zur Verhinderung der Morde unternahm. Auch Pedro Leiva Martínez war unter den Opfern.

Die Nahua von Ostula waren sich darüber im Klaren, dass sie sich in einem Krieg befanden. Ende September 2011 erklärte Pedro Leber im Rahmen der dritten Anden- und Mittelamerikatage (*Jornadas Andino-Mesoamericanas*): »Für uns ist der Krieg noch nicht vorbei. Noch immer kämpfen wir gegen jene, die uns mit Füßen getreten haben. Wir haben noch nicht vom Gewehr gelassen, wir tragen es noch immer in der Hand. Wir kämpfen weiter, wir verteidigen uns weiter.« Am 6. Oktober des gleichen Jahres, wenige Tage, nachdem er in Mexiko-Stadt über die Geschichte des Kampfs berichtet hatte, wurde Pedro Leiva in unmittelbarer Nähe des zurückeroberten Territoriums von Xayacalan ermordet. Die Behörden und die Presse vor Ort gaben sich große Mühe, den Mord als Folge eines Familienstreits unter Alkoholeinfluss darzustellen. Allerdings hielt diese Version nicht stand, weil sie voller Widersprüche steckte und jeden Zusammenhang entbehrte.

Leiva Martínez wurde wenige Tage nach Abschluss einer internen Befragung in der Gemeinde ermordet, bei der es um die Analyse und Entschei-

dungsfindung in Bezug auf die Verhandlungen mit der Regierung von Michoacán und dem Ministerium für Agrarreform (*Secretaría de la Reforma Agraria*, SRA) ging. Ziel dieser Verhandlungen mit allen Beteiligten war es, Besitz und Eigentum des Territoriums juristisch zu sichern. Pedro hatte die Nahua-Indígenas in der Verhandlungskommission vertreten. Er war in der Gemeinde La Palma Sola geboren worden und lebte in der Nachbarschaft des kleinen Landguts Xayacalan im Landkreis Aguila, Michoacán. Als er starb, war er 34 Jahre alt und mit Luz Aurora Ramírez Martínez verheiratet. Er war Sohn des Beauftragten für Gemeindebesitz und hatte vier Brüder.

Seine Gemeinde hatte Pedro als Delegierten für das *Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad* (dt. Bewegung für den Frieden mit Gerechtigkeit und Würde) nominiert. »Wir müssen kämpfen«, so seine Worte, »komme was da wolle, geschehe was geschehe, gegen wen wir auch antreten müssen. Ein Kampf ist nicht einfach; er laugt aus, und zwar in ökonomischer, körperlicher und emotionaler Hinsicht. Mit ihren Waffen, mit ihren Machtapparaten wollen sie uns Angst einjagen. Aber wir brauchen keine Angst mehr vor ihnen zu haben, wir müssen ohne Angst kämpfen, für unser Territorium, für unsere Freiheit, für unsere Würde.« Seine Ermordung sollte nicht die letzte sein. Am 6. Dezember 2011 wurde der Comunero J. Trinidad de la Cruz, Don Trino, nach einem Angriff auf die Karawane der *Bewegung für den Frieden mit Gerechtigkeit und Würde* gefoltert und ermordet, obwohl sich nur 500 Meter entfernt ein Posten der Marine befand. Manche sagen auch, er wurde genau deshalb getötet, weil die Streitkräfte dort waren.

## Die Wirklichkeit des Traums

Im Juni 2012 starb Don Juan, nachdem er beim Errichten eines Kornspeichers bei sich zu Hause verunglückt war. Einige Monate später, im Dezember, veranstalteten Gemeinden der Purépecha-Hochebene und gesellschaftliche Organisationen kulturelle Aktivitäten zur Ehrung seines Andenkens und zur Fortführung seines Erbes. Bei einer Versammlung wurde über die Schaffung einer regionalen Patrouille als eine Art Wachschatz und zur Selbstverteidigung diskutiert, die angesichts der Wellen, die das organisierte Verbrechen schlug, für die Sicherheit in der Region verantwortlich sein sollte. In Nurío, Don Juans Geburtsort, hatten sich 2008 eine Gemeinschaftspolizei und ein

Gemeinderat gebildet. Letzterer setzte sich aus 20 erwachsenen Comuner@s zusammen und sollte den Familien Sicherheit bieten und zu ihrer Organisation beitragen. Diese erste indigene Garde war eine erste Ankündigung der sich abzeichnenden Mobilisierung. Von hier aus wurde die Erfahrung an andere Dörfer weitergegeben. Die Wachposten von Nurío tragen Uniformen, auf deren Rücken *Policia Comunitaria*, Gemeinschaftspolizei, zu lesen steht. Auf einer Schulter ist die Fahne der Purépecha abgebildet. Die Mitglieder werden von der Bevölkerung ausgewählt. Ein Gemeindevertreter kommentiert: »Hier kennen wir alle einander, wir wissen, wer am liebsten ein paar Schluck trinkt und wer am fleißigen arbeitet. Einige sind unsere Verwandten oder unsere Nachbar\_innen, und weil man auch ihre Familie kennt, herrscht gegenüber der Gemeinde Respekt.«

Die Bildung der Gemeinschaftsgarde führte unmittelbar zu positiven Ergebnissen. Die Zahl der Straftaten in der Gemeinde ging drastisch zurück. Jetzt bestehen die schlimmsten Vergehen, die dem Gemeinderat übermittelt werden, in der einen oder anderen Störung der öffentlichen Ordnung nach Alkoholkonsum oder familiären Streitigkeiten. Diese Probleme werden vor Ort gelöst, ohne dass die Gerichtsbehörden des Landkreises Paracho, zu dem Nurío gehört, einbezogen werden. Die Bevölkerung vor Ort ist davon überzeugt, dass ihr Modell als Beispiel dienen kann und in der Region Nachahmung finden sollte. Darauf wies auch Agustín González Xaku, Mitglied des Gemeinderats von Nurío, im Jahr 2012 hin: »Wir sind sicher, dass die Einführung einer Gemeinschaftspolizei jeder der Purépecha-Gemeinden Sicherheit bieten kann [...] Auch wenn es den Regierungen auf Landkreis-, Bundesstaats- und Staatsebene nicht gefallen mag, ist das unsere Art der Organisation, und auf diese Weise werden die Gemeinden Ruhe und Sicherheit finden.« Den gleichen Weg schlugen die Bewohner\_innen von Urapicho, ebenfalls im Landkreis Paracho, ein. Nachdem sie zunächst von *La Familia* und später von den Tempelrittern verfolgt wurden, richteten sie an den Zugängen zu ihrer Gemeinde Straßensperren ein und ernannten aus der Reihe der Gemeindeglieder Wachposten. Im August 2012 etablierte die Regierung des Bundesstaats in Koordination mit der Staatsregierung eine gemischte Operationsbasis (*Base de Operaciones Mixtas*, BOM) und verlangte im Austausch, die Indígenas sollten ihre Wachposten auflösen und ihre Waffen niederlegen. Die Bewohner\_innen erklärten sich einverstanden, als aber

die BOM aus der Zone abberufen wurde, griffen die Comuner@s erneut zu den Waffen und richteten die Gemeinschaftswachtposten erneut ein.

»Was in Urapicho geschieht,« so Trinidad Ninís Pahuamba, Mitglied des *Consejo Mayor* (dt. Großer Rat) von Cherán, gegenüber der Zeitschrift *Proceso* im Oktober 2012, »ist wichtig, weil den Menschen bewusst wird, dass nur mit den geeinten Kräften der gesamten Gemeinde eine Stärke möglich ist, um [den Bedrohungen] die Stirn bieten und ihre Sicherheit gewährleisten zu können [...] Erst wenn sich [die Gemeinden] erheben, werden sie erkennen, was alles im Argen liegt. Genau das geschieht derzeit in mehreren Gemeinden des Gebiets, so in Santa Fe de la Laguna, Turícuaro, Comachen, Arantepecua, Quiriseo und Sevina.« Ein Vertreter des Gemeinderats von Nurío erklärte: »Wir haben mit unserer Organisation aus Sicherheitsgründen begonnen und jetzt ist es Zeit, an die Organisation der Region zu denken, weil wir unseren Nachbar\_innen den Weg erleichtern können. Sie können unseren Schutz von einem bestimmten Bereich aus gewährleisten und wir können das von anderen Bereichen aus. So kann die Sicherheit unserer Gemeinden in der Purépecha-Hochebene gestärkt werden. Der schönste Traum von Nurío besteht darin, die weiteren Gemeinden zur Organisation anzuregen. Damit wollen wir uns nicht gegen die Regierung auflehnen, sondern wir wollen zusammenarbeiten, um Verbesserungen zu erreichen.«

Der Traum begann, Wirklichkeit zu werden. Am 1. Februar 2013, drei Wochen vor der Erhebung von Tierra Caliente, sprachen sich die Anführer\_innen mehrerer indigener Regionen des Bundesstaats bei der Feierlichkeit zum Purépecha-Neujahr angesichts der Auswirkungen des organisierten Verbrechens für die Selbstverteidigung der indigenen Bevölkerung aus. Die Liste der aufrührerischen Gemeinden ist lang. Hier finden sich neben Cherán, Urapicho, Nurío, Cocucho und Nahuatzen weitere Siedlungen der Hochebene, die Nahua-Bevölkerung von Santa María Ostula und Santa Clara aus dem Gebiet von Zirahuén sowie immer mehr indigene Gemeinden von Michoacán, die sich entschlossen haben, ihre Verteidigung selbst zu organisieren. Dem Anführer der Organisation *Nación Purépecha* (dt. Purépecha-Gemeinschaft), Abundio Marcos Prado, zufolge gibt es im Bundesstaat um die 25 Purépecha-, Nahua-, *Mazahua*- und *Otomí*-Gemeinden, welche die bewaffnete Selbstverteidigung unterstützen und den offiziellen Polizeikräften der Landkreise misstrauen. In der Seenregion von Pátzcu-

aro, so erklärte er im Februar 2013 gegenüber der Tageszeitung *La Jornada*, würde ein System der territorialen Sicherheit geschmiedet, mit dem sich die Gemeinden sowohl intern als auch nach außen schützten. »Die Regierung des Bundesstaats erkennt nur 16 Gemeinden an, die sich selbst verteidigen«, so Prado weiter, »aber es sind 25 und bald werden es noch mehr sein, weil wir uns bereits in den Dörfern des Landkreises Erongarícuaro organisieren, um auf der Uferstraße bis Santa Fe de la Laguna zwei Straßenposten einzurichten, und in den Purépecha-Dörfern Angahuan und Capacuaro.«

Die Bereitschaft der indigenen Bevölkerung von Michoacán, ihre Probleme der öffentlichen Sicherheit selbst zu lösen, beschränkte sich keinesfalls auf die Nahua und Purépecha. In den Gebieten der Mazahua und der *Hñahñú* im Osten gibt es Dörfer wie Carpinteros, Francisco Serrato, Curundeo, Cresencio Morales und Donaciano Guerra, in denen sich die Menschen zum Schutz ihres Territoriums organisiert haben. »Dort sind es elf Gemeinden, von denen jede ihre eigenen Wachposten gestellt hat«, erklärte Abundio Marcos dem Journalisten Eugenio Bermejillo. »Sie werden von der Gemeinde selbst entlohnt. Niemand, weder die bundesstaatlichen noch die mexikanischen Sicherheitskräfte, haben dort Zutritt, und ich glaube, sie wagen es auch nicht, weil die Gemeinden Mexiko-Stadt bei den Hörnern packen könnten: Sie können nämlich das Wasser des Cutzamala-Systems [das die mexikanische Hauptstadt mit Trinkwasser versorgt] abtrennen.« Die Wachgruppen wurden in erster Linie als Reaktion auf den Holzraub und die Plünderung der reichhaltigen Avocadopflanzungen gebildet. »Über Nacht waren alle Avocados verschwunden, das muss man sich einmal vorstellen, die Früchte einer ganzen Arbeitssaison und aller Investitionen«, fügte Abundio Marcos hinzu. In der Avocadoregion von Salvador Escalante, in der sich auch der Zirahuén-See befindet, richteten Dörfer wie Coruvi, El Mirador und Churucureo Wachposten ein und schützten sich mit Schusswaffen vor Morden, Entführungen und Erpressungen.

Der Abgeordnete Eleazar Aparicio, der im lokalen Kongress dem Ausschuss für die Angelegenheiten der indigenen Bevölkerung vorsteht, führt die Selbstverteidigung der indigenen Bevölkerung auf die Unfähigkeit der Staats- und Bundesstaatsregierung sowie auf die Korruption zurück. »Die Bevölkerung hat es satt, wenn sie merkt, dass sie schutzlos ist und ihre Anzeigen keine Wirkung haben, sie organisiert sich selbst und lehnt sich gegen die

Regierenden auf«, erklärt er. Nach Ansicht des Abgeordneten ist es rechtmäßig, wenn sich die Gemeinden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln schützen, und es wäre ein Fehler, wenn die Regierung versuchen würde, sie mit gewaltsamen Mitteln davon abzuhalten, während sie selbst nichts gegen das organisierte Verbrechen unternimmt. Noch vor der bewaffneten Erhebung der Zivilbevölkerung in Tierra Caliente hatten sich die Gemeinschaftsgarden bereits in der Purépecha-Hochebene und in der Küstenregion ausgebreitet. Die indigenen Gemeinden stellten sich dem organisierten Verbrechen in Michoacán als erstes in den Weg. In der Regel war dies Teil ihres Widerstandes gegen die Plünderung ihrer natürlichen Ressourcen.

## Cherán

Auf einem der zahlreichen Transparente, die im Ort Cherán aufgehängt wurden, steht zu lesen: »Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, das letzte Tier getötet ist, wirst du merken, dass man Geld nicht essen kann.« Das bringt die Problematik einer Gemeinde, die sich in erster Linie aus Purépecha-Einwohner\_innen zusammensetzt, vom Wald lebt und unter der Zerstörung ihrer natürlichen Ressourcen durch Rodungsfirmen, die mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung stehen, leidet, auf den Punkt. Es fasst die Gefühle eines Landkreises zusammen, der sich am 15. Februar 2011 erhob, um den Plünderern die Stirn zu bieten und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Ein Comunero, wie alle im Dorf ohne Namen und ohne Gesicht, beschreibt, wie sehr das Motto des Transparents den Gefühlen der Bewohner\_innen des Landkreises Ausdruck verleiht. Er sagt: »Leider merken diese Menschen [die Holzfäller] nicht, dass sie mit dem Abholzen der Bäume auch der Tier- und Pflanzenwelt ein Ende bereiten, und leider gehen sie davon aus, dass sie danach Geld essen werden, das Geld aber ernährt uns nicht. Wenn man wie ich auf dem Land lebt, spürt man diesen Schmerz.«

Cherán besitzt 27.000 Hektar Gemeindeland, 20.000 Hektar davon waren ursprünglich bewaldet. Von dort speisen sich die Flüsse Duero, Cupatitzio, Tzararakua und der Pátzcuaro-See. Doch mehr als 80 Prozent der von Kiefern, Steineichen und Heiligen Tannen bewachsenen Flächen wurden in Brand gesteckt und gerodet; die anderen 20 Prozent wurden ohne Brand

gerodet. Die Comuner@s verteidigen, was vom Wald übrig ist. Für eine Gemeinde, deren wichtigster Reichtum die Nutzholzressourcen sind, ist das eine Tragödie. Um die 20.000 Menschen leben im Landkreis. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie mit Harzgewinnung, Landwirtschaft, Viehzucht und dem Verkauf von Kunsthandwerk. Weitere 12.000 sind in die USA abgewandert. Ihren Heimatsüberweisungen verdankt die Gemeinde ihr Überleben. Ein Comenero mit verhülltem Gesicht und der Stimme aller beschreibt die Dynamik der Plünderung, unter der die Menschen seit Jahren leiden: »Erst kommen sie und fällen die Bäume. Dann kommt der nächste Trupp und brennt nieder, was von jedem Baum übrig ist. Bewaffnete Gruppen bilden rundherum eine Art Schutzkreis, sodass unsere Comuner@s diese Orte nicht mehr erreichen können, und so rauben sie uns auch das Land.« Das Geschäft, so berichteten die Aufständischen der Journalistin Gloria Muñoz, »wird von einem Herrn namens *El Güero* (Der Weiße) geführt. Er profitiert doppelt, denn er selbst schickt die Arbeiter los, um die Bäume zu fällen und die Stämme dann in seine Sägewerke zu schaffen. Wenn aber andere Holzfäller Interesse anmelden, verkauft er ihnen Schutz, damit sie das Holz holen können. Und wir haben einfach nur geduckt zugeschaut, wie all das geschah.«

Die Bevölkerung von Cherán war nicht nur Opfer von Plünderungen. Hinzu kamen Entführungen, Erpressungen und Morde. Die Liste der Übergriffe ist lang: Sie umfasst mehr als fünf Verschwundene, ein halbes Dutzend Ermordete und mehrere Verwundete. Dazu kommen die Witwen und Waisenkinder. Am 8. Mai 2008 wurde Leopoldo Juárez Urbina, ehemaliger Bürgermeister und Vertreter der *Bewegung des friedlichen zivilen Widerstandes*, festgenommen und später von einem bewaffneten Kommando ermordet. Im April 2010 wurde Hilario Gembe, der Bruder des Beauftragten für *Bienes Comunales*, den Gemeinschaftsbesitz, ermordet. Im Februar 2011 verschwanden Rafael García Ávila, Jesús Hernández Macías und Baltazar Gerónimo Rafael. Auch sie waren mit dem Gemeinschaftsbesitz betraut. Am 15. April jenes Jahres verletzten die Holzfäller Eugenio Sánchez Rendón durch Schüsse. Zehn Tage später wurden Armando Hernández Estrada und Pedro Juárez Urbina mit Schusswaffen getötet.

Bereits 2008 erstatteten die ansässigen Bäuerinnen und Bauern bei den Behörden wegen der Abholzung ihrer Wälder Anzeige. Schritt für Schritt



gingen sie den mühsamen Rechtsweg. Die offizielle Antwort war Schweigen. Der Ruf der *Nana Echeri* (Mutter Erde) stieß bei den Behörden auf taube Ohren. »Der Landkreis wird von der PRI regiert«, berichtete einer der Anführer der Journalistin Rosa Rojas, »im Bundesstaat ist es die PRD und im Land die PAN und keine der drei Ebenen hat unserer Forderung nach Gerechtigkeit und der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, das unsere Wälder auf dem Gewissen hat, Gehör geschenkt.«

Angesichts dieser Tatsachen beschloss die Bevölkerung am 15. April, selbst für Gerechtigkeit zu sorgen. Sie verjagten die Holzfäller, riegelten den Ort mit Barrikaden aus Steinen und Sandsäcken, trockenen Baumstämmen und Resten abgebrannter Kleinbusse ab, reaktivierten die traditionellen Gemeinschaftspatrouillen und richteten in allen vier Stadtvierteln an jeder Ecke Feuerstellen ein, an denen die gesamte Nacht über Wache gehalten wird. Der Vulkan der gesellschaftlichen Unzufriedenheit brach aus, als die *Comuner@s* entdeckten, dass die Holzfäller Bäume an der Wasserquelle von *Cofradía* rodeten. Ein Bewohner erzählt: »Als die Gemeinde das bemerkt, entlädt sich die in drei Jahren angestaute Wut und die Leute sagen: Jetzt nehmen sie uns das Wasser, sie werden uns das Leben nehmen.« Eine Gruppe von Anwohner\_innen, deren Geduld am Ende war, machte sich auf den Weg. Sie nahm fünf Aggressor\_innen fest und beschlagnahmte ihre Fahrzeuge, um sie schließlich nach drei Tagen der Menschenrechtskommission des Bundesstaats zu übergeben. Schon wenige Tage später waren die Übeltäter wieder auf freiem Fuß, weil die Vorwürfe gegen sie angeblich nicht gravierend waren. Gloria Muñoz beschreibt, wie sich die Bevölkerung von diesem Tag an mit Stöcken, Steinen, Macheten, Hacken, Schaufeln und allem, was sie zur Hand hatte, bewaffnete, um sich jenen entgegenzustellen, die seit drei Jahren die Wälder der Gemeinde verwüstet hatten und dabei von bewaffneten Gruppen und selbst von der Regierung geschützt wurden. Der Konsum alkoholischer Getränke, das Mitführen von Waffen und die Verteilung von Parteipropaganda wurden verboten. Wie bereits 2006 beim Aufstand in Oaxaca waren die öffentlichen Feuerstellen Orte, an denen das gesellschaftliche Gefüge wiederhergestellt und gemeinschaftliche Bande gestärkt wurden. Im Schein der Flammen wurden bei geteiltem Kaffee und Essen Bewusstsein und Brüderlichkeit genährt.

Erst am 19. Mai, mehr als einen Monat nach dem Aufstand der Bevölkerung von Cherán, trafen Armee und Polizeikräfte in diesem Landkreis ein,

um eine gemischte Operationsbasis (*Base de Operaciones Mixtas*, BOM) einzurichten und sich bei der Wache zu koordinieren. Ihre Präsenz ist jedoch minimal und hat nicht verhindert, dass die Abholzung am Berg von San Miguel fortgesetzt wird. Auch die Drohungen bestehen fort. Ab Mitte August begann das Leben vor Ort zur Normalität zurückzukehren. Die Schulen öffneten wieder, und damit die Menschen nach fünf Monaten anhaltender Wachsamkeit nicht ermüdeten, wurde gestattet, dass sich Personen und Fahrzeuge zwischen 8:00 und 20:00 Uhr im Territorium bewegen konnten. Dennoch wird weiterhin kontrolliert, wer kommt und geht.

Der Aufstand ist auch Ausdruck für einen Prozess des Aufbaus indigener Autonomie von unten. Bereits vor Jahren hatte Juan Chávez, der in der Region großen Respekt genoss, darauf hingewiesen, dass der einzuschlagende Weg »die gelebte Autonomie ist. Dieser Weg geht auf das historische Recht der indigenen Bevölkerung zurück. Die Regierung muss dazu nicht um Erlaubnis gebeten werden. Wir müssen nach und nach die Bedingungen schaffen, damit wahre Autonomie möglich ist. Viel Basisarbeit ist erforderlich. Es gibt viel zu tun, um von der Basis, der Bevölkerung aus die Voraussetzungen für eine Autonomie zu schaffen und diese zu formen.« So erklärte Salvador Campanur gegenüber dem unabhängigen Nachrichtenportal *Desinformémonos*, die Bewohner\_innen von Cherán hätten erkannt, dass »[unser Territorium] unser Zuhause ist, das wir verteidigen müssen. Die Art, aus der die Verteidigung des Territoriums erwächst, haben wir von unseren ältesten Vorfahren geerbt.« Die Bevölkerung begann, eine Art Wachschutz durch Patrouillen und Lagerfeuer zu organisieren, um sich »den Bösen« entgegenzustellen, die, wie die Anwohner\_innen beklagten, von bewaffneten Gruppen und Militärs unterstützt würden. So übernahmen sie die Kontrolle über ihr Territorium. Später organisierten sie ihren *Usos y Costumbres* entsprechende Wahlen, die von den Wahlbehörden anerkannt werden mussten. Bei der traditionellen Patrouille, berichtet ein Comunero, »gibt es kein Verfahren, um zu entscheiden, wer sich daran beteiligt und wer nicht. Es ist für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren gleichermaßen eine Pflicht«, ein Gehalt werde niemandem gezahlt. Inzwischen hat sich die Situation allerdings geändert. Weil Cherán Kreisstadt und damit Verwaltungssitz ist, bezieht der Ort die gesetzlich vorgesehenen Mittel, die jedem Rathaus zustehen. Sie werden dazu eingesetzt, die Kräfte vor Ort auszustatten und die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Die Erfahrung von Cherán prägte die Autodefensas, die Selbstverteidigungskräfte, die im Februar in Tepalcatepec und Buenavista Tomatlán in Erscheinung traten. Ihr Anführer, Doktor Mireles, verwies mehrfach darauf, die Bewohner\_innen von Cherán hingegen betonten immer wieder die bestehenden Unterschiede.

## Selbstverteidigung und Entwaffnung

Semeí Verdía ist Nahua, ein schlanker Mann mit Hut. Im Februar 2010 musste er Ostula fluchtartig verlassen, nachdem man versucht hatte, ihn während eines Fußballspiels zu töten. Semeí war Mitglied der Kommission für den Dialog zur Agrarproblematik der Gemeinde und einer der aktivsten Comuner@s im Kampf für die Rückgewinnung des Landes. Vier lange Jahre musste er seinem Dorf fernbleiben. Zwei seiner Onkel, beide Lehrer von Beruf, wurden ermordet. Heute trägt Semeí stets eine Pistole bei sich. Bei der Bewachung seines Dorfs steht er in der ersten Reihe. Er und andere Vertriebene eroberten unter dem Schutz der Autodefensas von Coalcomán, Chinicuilá, Coahuayana und Aquila die Gemeinde zurück. Gemeinsam schlugen sie die Ganoven in die Flucht. Die Bildung und Ausbreitung bewaffneter ziviler Gruppen in Tierra Caliente und ihr Krieg gegen die Tempelritter schufen die Voraussetzungen dafür, dass sich die Comuner@s von Ostula neu organisieren und ihr Territorium zurückgewinnen konnten. Am 8. Februar 2014 kehrte eine Gruppe Vertriebener in die Gemeinde zurück. Für den Mittag beriefen sie eine Versammlung ein, an der mehr als 1.200 Personen teilnahmen. Hier wurde beschlossen, die Gemeinschaftspolizei neu zu konstituieren. Semeí wurde mit der Leitung des Sicherheitsteams beauftragt. Nur wenige Tage zuvor, am 27. Januar, hatte er, gemeinsam mit anderen, den Pakt von Tepalcatepec unterzeichnet.

Bei der Versammlung von Ostula baten die Bewohner\_innen von Xayacalan um Unterstützung, um sich einer angedrohten Räumung ihres Landes durch einen angeblichen Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und einen Beamten der Kriminalpolizei entgegenzustellen. Sie hatten die ganze Nacht durchwacht und das Schlimmste befürchtet. Die Versammlung wurde an den Ort des Geschehens verlegt. Von dort brachen, so schrieb Arturo Cano, 70 mit Kalaschnikows, AR-15 und Gewehren beladene Kleintransporter

auf. Mit der Karawane wurde die Allianz zwischen den Mestizen aus Aquila und der Gemeinschaftspolizei von Ostula besiegelt – Gemeinden, die sich normalerweise eher mäßig bis schlecht verstehen.

Von Beginn an hatte sich die Gemeinschaftspolizei von Ostula von den meisten anderen Selbstverteidigungsgruppen dadurch unterschieden, dass sie von der Gemeindeversammlung ernannt wird, ihren Entscheidungen unterliegt und ihr gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Andere bewaffnete Gruppen von Zivilist\_innen hingegen bildeten sich durch den freien Zusammenschluss ihrer Mitglieder, stehen in keinerlei Beziehung zu Gemeindeversammlungen und unterliegen keinen dort vereinbarten Anordnungen. Die Waffen, Fahrzeuge und Ressourcen der Nahua aus Ostula sind deutlich bescheidener und prekärer als die der Autodefensas.

Das Verhältnis zwischen Nahua-Gemeinschaftspolizist\_innen und Streitkräften war von Beginn an durchwachsen. Häufig kam es zu Zusammenstößen. Trotz der erfolgreichen Rolle der Gemeinschaftspolizist\_innen beim Kampf gegen die Tempelritter wurden am 19. März 2014 14 Gemeinschaftspolizist\_innen, die das Dorf La Blasita schützten, das bis wenige Wochen zuvor eine von Federico González Merino (alias *Lico*) und Mario Álvarez geführte Bastion des organisierten Verbrechens gewesen war, von etwa 40 Marinesoldat\_innen unter Befehl des Kommandanten Alfredo Valdés de Leon entwaffnet. Daraufhin blockierten einige Tage später um die 1.500 Bewohner\_innen der Ortschaft Santa María Ostula und der Landkreise Aquila, Chinicuilá und Coahuayana gemeinsam mit 300 Vertreter\_innen von Gemeinschaftspolizeien und Autodefensas zwei Stunden lang die Landstraße 200 zwischen Manzanillo und Lázaro Cárdenas in Höhe der Marinebasis und an deren Straßenposten im Dorf La Placita, um die Rückgabe der einbehaltenen Waffen zu fordern.

Das Vorgehen der Marinesoldat\_innen gegen die kommunalen Wachposten von Ostula war Teil der Regierungsoffensive zur Entwaffnung und Demobilisierung der Autodefensas von Michoacán. Gleichzeitig war dies ein weiterer Schlag im Zuge der Regierungsoffensive zur Bekämpfung und Schwächung der am stärksten politisierten Sektoren der indigenen und gesellschaftlichen Mobilisierung in Michoacán. Er richtete sich gegen jene, die für historische Rechte kämpfen und großen Interessen wie denen multinationaler Bergbauunternehmen die Stirn bieten. Die Gemeinde Ostula hat

bei ihrem Versuch, sich gegen das organisierte Verbrechen zu verteidigen, ihr Land zurückzugewinnen, ihr Territorium zu schützen und natürliche Reichtümer, die wie die Sanguinalia-Bäume bereits nahezu ausgestorben sind, zu bewahren, einen hohen Blutzoll gezahlt. Ihre unmittelbare Zukunft hängt davon ab, wie es mit der Autodefensa-Bewegung weitergeht. Doch was auch geschieht, ihren Platz in der Geschichte hat sie sich längst gesichert. Die indigene Forderung nach Selbstverteidigung, die dem Aufstand vom Februar 2013 vorausging, manifestiert sich in der Gemeinschaftspolizei von Ostula. Und damit nicht genug: Das Manifest von Ostula und das Blut der Menschen dort sind mittlerweile zentraler Bestandteil des Befreiungskampfes der indigenen Bevölkerung Mexikos.